

Frankfurter Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Erstausgabe am jeden Montag nachmittags. Die Preisgebühren des Blattes betragen in Kasse und Land 190.00 Mark, durch die Post bei freier Zustellung monatlich 11.000. In den Hauptabteilungen abwärts 11 auf 180.00 monatlich. Die abendliche Ausgabe 11 auf 180.00 monatlich. Die abendliche Ausgabe 11 auf 180.00 monatlich. Die abendliche Ausgabe 11 auf 180.00 monatlich.

Verlags-Vertrieb: Halle a. S., Neue Dammstraße 11 und Große Poststraße 17. Verleger: Hermann Kuntze. Druck: Hermann Kuntze. Halle a. S., Große Poststraße 17. Verleger: Hermann Kuntze. Druck: Hermann Kuntze. Halle a. S., Große Poststraße 17. Verleger: Hermann Kuntze. Druck: Hermann Kuntze.

Rücktritt des Kabinetts Wirth.

Die entscheidende Wendung.

Die Hoffungslosigkeit nun gestern ist sich aufhebend geworden: Das Kabinett Wirth besteht nicht mehr! Am Dienstagabend hat es dem Reichspräsidenten seine Demission angeboten und der Reichspräsident hat sie angenommen. Diese Entscheidung wurde übertragen. Zwar türnten sich neuerdings die Schwierigkeiten, die dem deutschen Reichspräsidenten ein erfolgreiches Wirken verwehren, aber man glaubte doch, daß inmitten der fürstbar ernten Lage, in der sich unser Volk befindet, letzten Endes doch noch ein Ausweg gefunden werden könnte, der ein erprobtes Arbeitsprogramm würde. Die Erwartung hat getäuscht. Die Frage der großen Koalition hat dem Kanzler plötzlich im Fall gebracht. Das er sie nicht aufzuheben brachte, war sein Verhängnis. Er selbst hat es gestern Abend, als er der Pressevertreter empfang und ihnen einen Überblick über die Entwicklung der Kabinettskrise gab, ausdrücklich betont, aber er hat auch dabei auf gleicher Zeit unterstrichen, was immerhin einigen Trost läßt, daß in der entscheidenden Frage, in der Schicksalsfrage unseres Volkes, in der Frage der Reparationen, Einigkeit zwischen all den Parteien, die für die große Koalition in Frage kommen, herrscht und daß noch herrscht. Er führte aus: Ich war zunächst für ein Kabinett der wirtschaftlichen Konzentration, bin aber dann durch die Förderung des Zentrums auf die große Koalition, der ich mich angeschlossen, auf einen anderen Weg gedrängt worden. Die Sozialdemokraten haben diese große Koalition abgelehnt, und damit ist der Rücktritt der Regierung notwendig geworden. Die Tatsache und der Gedanke der großen Koalition leben weiter; sie sind ja bereits vorläufig durch die Zustimmung aller in Frage kommenden Parteien zur letzten Note an den Präsidenten bekräftigt, die nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer Beziehung die große Koalition bedeutet. Alle Verbesserungen sind gemeinsam erfolgt. Auf meiner ganzen parlamentarischen Praxis habe ich eine solche Einigkeit, wie bei der Behandlung dieser Note, nicht erlebt. Die Sozialdemokratie hat als Gründe für ihre ablehnende Haltung die Reden von Sinesio im Reichstagsparlament und von Versner im Auswärtigen Amt angeführt. Diese Gründe können aber nicht auf die Dauer maßgebend sein. Der Gedanke der großen Koalition ist und kann jedenfalls nicht erloschen sein. Allerdings mußte die Regierung sich zurückziehen. Es muß Aufgabe des neuen Kabinetts sein, diejenigen neuen Ergänzungen, die ich angelehrt habe, in die Tat umzusetzen.

Ob dem Kanzler dieser Entschluß besonders schwer geworden ist? Er hatte in den letzten Wochen manch erlösendes Tadel bekommen, auch von denen, die seine Politik bisher mit voller Energie geteilt hatten. Man fragte Zweifel, ob Dr. Wirth, der sein politische Fragen dann keine Wendung und seinem gesuchten parlamentarischen Bild leicht gelöst hätte, aus dem Vordrängen der Wirtschaftskrisen sich heranziehen würde. Die Wirtschaftskrisen mazen nie keine harte Seite gewesen. Darum hatte er sich ja feinerzeit einen Mann wie Rathenau ausgesucht und darum strebte er, zunächst seinem Kabinett auch wieder durch Heranziehung erfrer Wirtschaftskrisen neuen Halt zu geben. Die Erfüllungspolitik, die von den Redaktionsrätern so leicht angegriffen und verurteilt worden ist, hat er konsequent bis zu dem Punkte durchgeführt, wo auch für das Volk kommen mußte. Der Zeitpunkt war fest. Die Erfüllungspolitik hatte nicht nur die nationalökonomischen Ziele, die in Frankreich davon abgehalten, mit hoher Gewalt gegen Deutschland loszureißen und neue unentbehrliche Wirtschaftskrisen von uns loszureißen. Nein, sie hatte auch die Erhaltung eines, das auch in den allertesten Ländern die Führer nunmehr ratlos dastehen und nicht wissen, wie sie die Wirtschaft Europas aus der Gefahr herausbringen sollen, es sei denn durch eine Umstellung der Reparationsforderungen. Der Kanzler selbst war der Auffassung, daß nun mit der Erfüllungspolitik Schluss zu machen ist, und diese Auffassung brachte ihn sogar mit dem Ministerkollegen Dr. Sinesio und den Sozialdemokraten in Widerspruch. Aber das Entscheidende in seinen Auseinandersetzungen mit der Sozialdemokratie war jener andere Punkt: die Frage der großen Koalition. Die Sozialdemokraten konnten von dem Wirthmann, von der Feindschaft gegen die Deutsche Volkspartei nicht los. Sie fürchteten vielmehr, nachdem sie unlängst erst durch die Verschmelzung mit den Unabhängigen eine Menge zu radikaleren Tendenzen neigende Anhänger aufgenommen hatten, durch Zusammenarbeit mit der Volkspartei bei ihren Wählern in Mißkredit zu kommen und lehnten jede Verbindung ab. Für Dr. Wirth mußte aber die Frage der großen Koalition eine Kabinettsfrage sein. Er handelte folgerichtig, als er beim Wählern kein Amt zur Verfügung stellte.

Wie die Sozialdemokratie sich die Neubildung einer tragfähigen Regierung denkt, ist noch ihr eigenes Geheimnis. Wahrscheinlich weiß sie es selbst nicht.

Ein Tag der Verhandlungen.

Berlin, 15. November. (Eig. Drahtmeldung.) Der ganze heutige Tag war mit Verhandlungen und Beratungen hinter den Kulissen ausgefüllt. Sie begannen schon am frühen Morgen mit einer Stellungnahme der Deutschen Volkspartei und der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft zu dem gestrigen Antwortschreiben der Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten wurden aufgefordert, in Verhandlungen mit der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft im Beisein des Reichspräsidenten einzutreten, in denen die nächsten Schritte über die Aufstellung eines gemeinsamen Programms be-

raten werden sollten. Sie begannen um 1/4 Uhr und wurden mit Unterbrechungen fortgesetzt bis kurz nach Beendigung der Sitzung um 6 Uhr. Schließlich ergaben die Verhandlungen, daß die Sozialdemokraten sich nicht beeindrucken ließen, von sich aus den Vorschlägen über ein gemeinsames Programm, wie sie von der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft vorgebracht wurden, zuzustimmen. Sie äußerten deshalb den Wunsch, nochmals mit ihrer Fraktion hierüber Rücksprache zu nehmen. Bis 8 Uhr dauerten die Verhandlungen der Fraktion der Vereinigten Sozialdemokraten noch an. Von Seiten der Linken innerhalb dieser Fraktion wurde vor Beginn dieser Sitzung in den Verhandlungen mit Unterbrechung betont, daß eine Zustimmung zur großen Koalition eine Verjüngung der Fraktion bedeuten mit sich bringen würde, d. h. also den Austritt bestimmter Persönlichkeiten aus der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei zur Folge haben würde. Neben diesen Verhandlungen gingen die verschiedenartigen Besprechungen innerhalb größerer und kleinerer Gruppen von Sozialdemokraten einher. Die wichtigsten dieser Besprechungen betrafen die Entscheidung über das Schicksal des Kabinetts. Das Kabinett lag, hat schließlich die Erweiterung der Regierung durch Einbeziehung der Deutschen Volkspartei abgelehnt. Die Fraktionsführer teilten diesen Beschluß dem im Reichstag anwesenden Reichspräsidenten und den Kabinettsmitgliedern mit. Das Kabinett hat infolgedessen beschloffen, zu demissionieren.

Die Demission des Kabinetts angenommen.

Berlin, 15. November. (Eig. Drahtmeldung.) Der Reichspräsident hat gestern abend nach das Demissionsgesuch des Kabinetts Wirth, das ihm der Reichskanzler in Begleitung des Staatssekretärs Hammer und des Vizepräsidenten der Reichsregierung persönlich überbracht und begründet, angenommen. Hieran anschließend hatte der Reichspräsident noch eine ungefähr einundzwanzigstündige Besprechung mit Dr. Wirth, der ihm mit der interimistischen Weiterführung der laufenden Geschäfte beauftragte. Der Reichspräsident wird im Laufe des heutigen Tages mit mehreren politischen Persönlichkeiten Sitzung nehmen, um sich darüber klar zu werden, wen er mit der Neubildung des Kabinetts beauftragen kann. Da selbstverständlich auch Rücksprachen zu erwarten sind, liegt es in der Natur der Dinge, daß sich die Neubildung des Kabinetts noch einige Zeit hinauszögern wird.

Berlin, 15. November. (Eig. Drahtmeldung.) Reichspräsident Ebert hat heute am Morgen die politischen Besprechungen eröffnet. Wie wir dazu erfahren, war Reichspräsident Ebert der erste Besucher beim Reichspräsidenten. Dann folgte der Zentrumsführer Marx und andere Herren vom Zentrum und der Abgeordnete Leidt von der Bayerischen Volkspartei. Sodann empfing Ebert die Demokraten Koch und Peterlin. Reichskanzler Dr. Wirth hat für Mittag die Parteiführer zu einer Besprechung zu sich geladen. Er ist nicht zu erwarten, daß schon heute die Eintragung der Krise bis zur Vertagung eines neuen Reichstagsantrages geführt wird. Man muß sich auf mindestens 2 bis 3 Tage Dauer der Krise gefaßt machen. Inzwischen wird verfassungsmäßig das Kabinett Wirth die Geschäfte wie bisher weiter.

Der Reichstag tagt weiter.

Berlin, 15. November. (Eig. Drahtmeldung.) Der Reichstag hat heute um 2 Uhr nachmittags zusammen, um über die Geschäftsfrage zu beraten. Die Fraktionen der Sozialdemokratie, der Deutschen Nationalen, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und des Zentrums halten um 12 Uhr um 2 Uhr nachmittags Fraktionssitzungen ab. Der Reichstag wird voraussichtlich trotz der ausgebrochenen Regierungskrisis seine Verhandlungen fortsetzen. Er wird sich allerdings zunächst nur mit seinen eigenen Angelegenheiten, der Schaffung einer neuen Geschäftsordnung, und eventuell mit Initiativanträgen beschäftigen.

Ein englisches Urteil.

Deutschland braucht eine starke Regierung. London, 15. November. (Eig. Drahtmeldung.) Die „Times“ veröffentlicht einen Bericht über die Berliner Krise, in dem es heißt, der Rücktritt sei keineswegs unerwartet erfolgt. Die finanzielle Verzerrung, in die Deutschland gerät, ist, macht es unmöglich, die große Koalition der Parteien beizubehalten, von der das Kabinett abhängt. Die englischen Maßnahmen, die Deutschland nötig hat, um seine finanzielle Lage wieder herzustellen und seine Verpflichtungen zu erfüllen, verlangen auch eine starke Regierung. Wirths Regierung war schwach und sein Rücktritt unvermeidlich.

Auch der belgische Franz ruft!

In Belgien ist der bereits ununterbrochene Franz nun auch ins Ausland gekommen. Der Hund Stiering notierte in Brüssel zur großen Erregung des Publikums mit 30 statt mit 25 Franz. Der Ministerpräsident Theunis behauptet, daß weder die innere noch die äußere Lage Belgiens Anlaß zu der beginnenden Flucht vor dem Franz gebe. Allerdings handelt es sich um Auswertungen des Marktes, kurzum, die sich auch in Paris bemerkbar gemacht haben. Theunis betreibt das selbstverständlich, daß er es aus politischen Gründen nicht angehen darf.

Heutiger Stand des Dollars 7400!

Zur deutschen Währungsnote.

Die bereits angekündigte Ergänzungsnote der Reichsregierung an die Reparationskommission entspricht in einer ganzen Reihe von Zügen mächtig dem Gemeinschaftsprogramm, das am Sonntag von den fünf Parteien der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei, dem Zentrum, den Demokraten und den Sozialdemokraten aufgestellt worden ist. Das ist bedeutsam, denn es zeigt, daß die Reichsregierung bei diesem neuen Angebot an die Reparationskommission eine große harte Mehrheit im Parlament hinter sich hat. Wird es von der Repto angenommen, so sind also keinerlei unsere Schwierigkeiten mehr zu erwarten. Das Angebot hat sich auch in vielen Vorzügen mit dem bekannten Gutachten der ausländischen Sachverständigen. Es fordert nur ein längeres Moratorium und es schlägt vor, daß die deutsche Reichsbank zwar 500 Millionen Goldmark zur Stützung der Mark hergeben, nicht aber weitere 500 Millionen als Garantie für die ausländischen Bankkreise bereitstellen soll. Diese Garantie wird vielmehr das Reich selbst den ausländischen Geldgebern geben. Dazu muß freilich die Reparationskommission ihre Zustimmung geben, weil sie nach den Bestimmungen des Verfallens Friedensvertrages das Recht hat, die Gesamtsummen des Reiches und der Länder ausfindig für Reparationszwecke abzurufen für sich selbst zu beanspruchen. Stimmt auch hier die Reparationskommission zu, so wird zum ersten Male eine wesentliche Bestimmung des Versailles Vertrags von den Alliierten preisgegeben.

Paris, 15. November. (Eig. Drahtmeldung.) Die Repto hat am Dienstag mittag 12 Uhr 30 Min. die letzte Ergänzungsnote der deutschen Regierung über die Stabilisierung der Mark und den Ausgleich des Staatshaushaltes erhalten. Mittwoch vormittag wird die Repto eine offizielle Sitzung abhalten, in der die Höhe und Kollisionsfragen für die nächsten Monate festgelegt werden. Am Nachmittag wird die Beratung über die deutsche Note fortgehen.

Berlin, 14. November. Die Reichsregierung hat an die Reparationskommission folgende Note gerichtet:

Herr Präsident!

Nachdem seit der Unterbrechung des Schreibens der Reichsregierung vom 2. November internationalen Sachverständigen eingegangen ist, werden der Reparationskommission die beiden Gutachten mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt. Die deutsche Regierung macht sich den Inhalt dieser Gutachten in ihren Grundzügen zu eigen und unterzieht auf Grund der inzwischen mit der Reichsbank zum Abschluß gebrachten Verhandlungen folgenden zusammenfassenden Plan für die Föhung und Beiligung des Marktes:

1. Eine vorläufige Stabilisierung der Mark kann erreicht werden, wenn die Reparationsfrage entsprechend der Zeitungsartikel demüthlich ermöglicht geregelt ist.
2. Eine vorläufige Aktion kann nicht allein mit deutschen Mitteln gelöst werden, um das verloren gegangene Vertrauen zur Mark wiederherzustellen, ist eine Mitwirkung des Auslandes notwendig.
3. Die deutsche Reichsbank hat sich bereit erklärt, einen Betrag von 500 Mill. Goldmark in Gold oder Devisen für die Stützungsdauer des Marktes zu stellen.
4. Die Quantität der Stützungsdauer erfordert folgende Voraussetzungen: Deutschland wird für drei bis vier Jahre von allen Zinsen und Abschreibungen aus dem Betrage von 500 Mill. Goldmark befreit. Deutschland erhält für die Stützungsdauer von ausländischen Banken einen geliehenen Kredit von mindestens 500 Mill. Goldmark, so daß für die Stützungsdauer insgesamt ein Betrag von 1 Goldmark über die Verfügung steht.
5. Die vorliegenden Voraussetzungen sind auch von der Reichsbank für die Bereitstellung von 500 Mill. Goldmark unter Quantitätsumme ihres Goldbestandes aufgestellt worden. Eine Haftung oder Garantie für den ausländischen Bankkreis vermag die Reichsbank nicht selbst nicht zu übernehmen.
6. Die von den ausländischen Bankern und der Reichsbank bereitgestellten Mittel werden unter Benutzung der Organisation der Reichsbank von einer unabhängigen Stelle verwaltet, die aus Vertretern der ausländischen beteiligten Bankengruppe, der Reichsbank und der Reichsfinanzverwaltung gebildet wird.
7. Diese Stelle wird zunächst des Zweckes der Reichsbank unter-

innerer Goldbankliche

unter entsprechenden Bedingungen ausgeben. Die deutsche Regierung ist ferner bereit, die vorläufige Markstabilisierung aufzugeben, die in angemessenen Bedingungen erhältlich sind. Schon während der Dauer der unter Nr. 4 genannten Periode wird der Betrag der inneren Anleihe zur Hälfte, derjenige der äußeren Anleihe in voller Höhe zur Verfügung der Reichsbank und der Stützungsdauer zur Verfügung stehen. Die äußere Hälfte des Betrages der inneren Anleihe dient dem Bedarf des eigenen deutschen Marktes, insbesondere zur Bekämpfung des Inflationsrisikos.

8. Die vorstehenden Bestimmungen sind mit Deutschland in die Lage versetzt, die vorläufige Markstabilisierung in einem Ausmaß wiederherzustellen, das Anzeichen der fliehenden Schuld aufzuheben und die Disziplinierung von Sachanmeldungen bei der Reichsbank in absehbarer Zeit einzuführen. Sobald der Zustand im Reichsbank sich verbessert, werden die Reichsbank nur noch die in der vorstehenden Note zu sehen und stehende Schulden nach und nach als vorläufige Schuldentilgung bis zur Aufhebung der betreffenden Anleihen aufzunehmen sein. Die Ursachen der Inflation sollen damit sein. Durch innere Reformen wird Deutschland seine Ausgaben einschränken und seine Einkünfte erhöhen. In dieser Richtung wurde uns Sagen gelöst: Die Tilgung entspricht der werdenden Behörden, die in der Verwaltung der Zahl der Angehörigen und Beamten. Die Bemerkung unproduktiver Ausgaben, Bekämpfung der geldverdrängenden Maßnahmen, die neue Ausgaben heranzuführen, auf die vorstehende Ges-

verbennt, rechtliche Geltung der Reichsbetriebe zur Erhaltung ihrer Wirtschaftlichkeit.

10. Beschließen mit alle erforderlichen und geeigneten Maßnahmen ergreifen, um insbesondere durch Erhöhung des Wirtschaftsniveaus der Arbeit in einer Steigerung der Produktivität und damit in einem Ausmaß der Beschäftigung der Bevölkerung, wie dies durch eine Neuordnung des Arbeitsmarktes zu erreichen ist.

11. Bei Festlegung des Wirtschaftswachstums werden andererseits die möglichen Gefahren des Wirtschaftswachstums zu berücksichtigen sein, die durch den Rückgang der deutschen Währung verursacht werden können.

12. Die Festlegung des Wirtschaftswachstums wird auf der Grundlage der in den vorhergehenden Absätzen festgelegten Ziele, unter Berücksichtigung der deutschen Reparationsverpflichtungen zu beschließen.

- a) Eine eingehende Festlegung der Verpflichtungen Deutschlands so bald als möglich in gleicher Höhe herbeizuführen, bis die einschließlich des Devisen- und ausstehenden Forderungen aus den Wirtschaftskrisen der Haushalte befreit werden können.
b) Zunächst für die Jahre 1924 bis 1925 die Jahre Deutschland von allen Ver- und Schenkungen aus dem Bereiche von Reichs- und Landesvermögen der vertriebenen Gebiete zu befreien.
c) Inwieweit eine Konferenz von internationalen Finanzmännern zum Zwecke der Beratung über einen Vorschlag zu einem gemeinsamen Kredit einberufen. Die deutsche Regierung ist auch bereit, die Einberufung einer solchen Konferenz zu übernehmen.
d) Die Mittel zur Unterbreitung, welche die deutsche Regierung bei den beteiligten Regierungen für die Bewirtschaftung von in Ziffer 11 bezeichneten Vermögensgegenständen stellen wird.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 14. November. Die Volleröffnung des Reichstages beginnt am morgigen Tag um 10 Uhr in diesen Tagen, in denen unter anderem die Große Koalition... Die deutsche Regierung ist auch bereit, die Einberufung einer solchen Konferenz zu übernehmen.

Wiederumholung der deutschen Verträge.

Dr. A. Heiser (D. N. P.) in seiner Anfrage an die deutsche Regierung... Die deutsche Regierung ist auch bereit, die Einberufung einer solchen Konferenz zu übernehmen.

Unterbreitung einer neuen Sitzung.

Die deutsche Regierung... Die deutsche Regierung ist auch bereit, die Einberufung einer solchen Konferenz zu übernehmen.

Dem Sechzigjährigen.

Gerhart Hauptmann zu seinem 60. Geburtstag am 15. Novbr. 1922

Im Antrage der Gesellschaft deutscher Bühnenschauspieler hat Herr... Gerhart Hauptmann zu seinem 60. Geburtstag am 15. Novbr. 1922

Was Gerhart Hauptmann in seinen Dramen und Romanen geschrieben hat... Gerhart Hauptmann zu seinem 60. Geburtstag am 15. Novbr. 1922

sticht darauf hin, daß die Geschäftsordnung dazu da sei, die Arbeit des Reichstages zu fördern. Graf Thüringen (Dn.) äußert sich zu dem Vorschlag, die gegen Exzentren einzugreifen habe. Der eigens von Wien herbeigeführte Dr. Pfeiffer macht launige Vorlesungen. Thüringer (D. N. P.) sagt etwas: 'Kinde, lieber auch unterirdisch.' Kurz, es ist sehr gemütlich, man treibt heute keine Politik, sondern fällt johlenden Damentänzen.

Neue Kohlenpreise.

Berlin, 15. November. In der Sitzung des Reichstages... Die deutsche Regierung ist auch bereit, die Einberufung einer solchen Konferenz zu übernehmen.

Die neue Wahlkreisverteilung.

Dem Reichstag ist der Entwurf eines neuen Gesetzes zur Veränderung des Reichswahlgesetzes... Die deutsche Regierung ist auch bereit, die Einberufung einer solchen Konferenz zu übernehmen.

Die Nummerierung der Wahlkreise ist so geändert, daß sie mit den der Landtagswahlkreise im künftigen preussischen Wahlgesetz übereinstimmen. Auf diese Weise entfallen im ganzen fünf bis fünfzig bis fünfzig Wahlkreise. Der Entwurf bringt auch die Abänderung einiger Vorschriften wichtiger Natur.

Das amtliche jährliche Wahlergebnis.

Breslau, 15. November. (E. A. Drahtmeldung.) Das Wahlergebnis Sachsen hat bei der Neuaufstellung einer Neuberechnung der bürgerlichen Parteien erfahren. Die Sozialisten erhalten nur 40 Mandate, wie im alten Landtag (nicht 41). Damit stellt sich das Gesamtergebnis auf 50 sozialdemokratische und 46 bürgerliche Mandate.

München, 14. November. (E. A. Drahtmeldung.) Der jährliche Wirtschaftsprüfungsausschuss der Reichsbank in einer Berichterstattung über den Stand der Reichsbank im Jahre 1921... Die deutsche Regierung ist auch bereit, die Einberufung einer solchen Konferenz zu übernehmen.

Die Stadt der Christen aus Kleinasien.

Paris, 14. November. (E. A. Drahtmeldung.) Der 'New York Herald' meldet aus Konstantinopel, daß infolge der Aufhebung der Bürgerregierung an die örtliche Bevölkerung Kleinasien, das Land bis Ende November zu verlassen, sich die Flüchtlinge in den Hafen Anatolien anheften. Der amerikanische Konsul für den westlichen Teil von Konstantinopel hat den Flüchtlingen eine Liste von Kleinasien mit Namen und Adressen mitgegeben. Die amerikanische Mission hat große Mengen von Lebensmitteln in den Hafenstädten des Schwarzen Meeres zur Verteilung unter die fliehende Bevölkerung gebracht. Der Kaiser hat die Zahl der Auswandernden auf 1 1/2 Millionen. Die Auswanderung betreffen Männer im Alter von 19 bis 35 Jahren, denen sich ihre Familien anschließen.

Die Opfer der Erdbebenkatastrophe.

Santiago, 15. November. (E. A. Drahtmeldung.) Man nimmt an, daß die Zahl der Opfer des großen Erdbebens 1900 weit übersteigt, da in Valparaiso allein 600 Tote aus den Trümmern hervorgehoben wurden. Die Zahl der Obdachten beläuft sich auf über 3000. Die Rettungsarbeiten werden durch einen heftigen Sturm und durch noch nicht vollständig erloschene Regenfälle, die die Zahl der Toten dem Erdboden auf 1300 und die der Verletzten auf 2500 angeheben.

Berlin, 15. November. Die folgende amtliche Gesamtschau hat heute von ihrer Regierung ein Telegramm erhalten, nach dem die Zahl der Opfer der Erdbebenkatastrophe in Kleinasien sich auf 1 1/2 Millionen beläuft. Die amerikanische Mission hat große Mengen von Lebensmitteln in den Hafenstädten des Schwarzen Meeres zur Verteilung unter die fliehende Bevölkerung gebracht. Der Kaiser hat die Zahl der Auswandernden auf 1 1/2 Millionen. Die Auswanderung betreffen Männer im Alter von 19 bis 35 Jahren, denen sich ihre Familien anschließen.

Untergegangen. Der Hamburger Dampfer der Postgesellschaft 'Johannes 37', am 30. Oktober von Burn-Jahnd mit Antriebskraft nach der Gibe abgegangen, ist bislang nicht eingetroffen. Im Nord sind 14 Mann Besatzung. Man vermutet, daß das Schiff daselbst gesunken ist wie der Dampfer der Firma Sander ereilte.

Tabelle der Witterungsberichte.

Table with 3 columns: 14. November 9 Uhr abends, 15. November 7 Uhr morgens, and a row for 'Wärtemittel der Temperatur am 14. November 23 C'.

hohem fraktionellen Sinne des Wortes handelt. Und Gerhart Hauptmann würde über in arge Verlegenheit kommen, wenn man ihn examinieren wollte über die Forderungen des sozialistischen Programms der Reichspartei... Gerhart Hauptmann zu seinem 60. Geburtstag am 15. Novbr. 1922

Wohl lernen, Weetlein, das helle Lied. So lausche dem Hagen der Minnen. So merke das glühende, kühnende Lied... Gerhart Hauptmann zu seinem 60. Geburtstag am 15. Novbr. 1922

Der Dichter ist ein Mann der Politik... Gerhart Hauptmann zu seinem 60. Geburtstag am 15. Novbr. 1922

Ich liebe und bewundere Gerhart Hauptmann von je her, auch noch in den jüngeren Jahren... Gerhart Hauptmann zu seinem 60. Geburtstag am 15. Novbr. 1922

nimmt, dies alles erwidert mir wohl verdient, erfüllt mich mit Genugtuung. Er steht für uns alle, ein deutscher Meister, und nachher etwa wie ein Vater des Volkes. Auch kein Geringes ist wohl nicht das einer wegschickenden großen Generation Europas... Gerhart Hauptmann zu seinem 60. Geburtstag am 15. Novbr. 1922

Erinnerungskraft auf in hundertjähriger Apotheke: keine Werte. Laum ein jedes, schäufte Wissen auch da, wo Soren o er Kreuze, sich nicht, die Wissen misst nicht wie in... Gerhart Hauptmann zu seinem 60. Geburtstag am 15. Novbr. 1922

Die Welt ist ein großes Spiel... Gerhart Hauptmann zu seinem 60. Geburtstag am 15. Novbr. 1922

Handwritten notes and marginalia on the right edge of the page, including the name 'Kubitzki' and other illegible scribbles.